



Vorsitzenden des
Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Dietmar Brockes MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

13. Oktober 2017
Seite 1 von 1



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei übersende ich, wie in der Ausschusssitzung am 29.09.2017
erbeten, meine Rede zum Thema „Die Europa- und internationale Politik
des Landes NRW in der 17. Wahlperiode“.

Ich bitte Sie, die Rede an die Ausschussmitglieder weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Anlage

Ausschuss für Europa und Internationales am 29. September 2017

TOP 1: „Kleine Regierungserklärung“ des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales

Anrede,

gerne stelle ich Ihnen heute die europapolitischen und internationalen Schwerpunkte der LReg. vor, und ich freue mich schon jetzt auf eine interessante Diskussion und eine kritische Begleitung dessen, was wir vorschlagen und was wir für wichtig und richtig halten

Anrede,

im Juli war ich zu Gast bei der Eröffnung des CHIO in Aachen. Aus dem Stimmengewirr im Publikum waren viele unterschiedliche Sprachen zu hören, überwiegend aus dem Benelux Raum. Und der Moderator führte wie selbstverständlich in drei Sprachen durchs Programm Das ist ein Verständnis von Freundschaft, von Weltoffenheit, das mir persönlich große Freude macht und das ich für zukunftsweisend und sehr menschlich halte.

Ich will damit sagen: Internationalität ist völlig normal und Teil unseres täglichen Lebens. Das war auch in meiner Jugend in der Schule alltäglich. Im Ruhrgebiet sind wir international - ohne es besonders zu merken - groß geworden und das Verständnis ist so gewesen. Unsere wirtschaftliche Verflechtung reichte ja schon im 19. Jahrhundert weit über Europa hinaus, und unsere Industriegeschichte ist seit weit über hundert Jahren in starkem Maße durch Einwanderung geprägt gewesen. Internationalität und kulturelle Vielfalt begegnen uns ständig und bereichern uns: in der Freizeit im Verein, bei der Arbeit im Unternehmen oder eben auch bei großen

Sportveranstaltung und anderen „Events“. Überall ist die Vielfalt eine große Bereicherung unserer Gesellschaft, und Europa ist ein Garant dieser Vielfalt.

Das müssen wir uns oft bewusst machen, denn die Geschichte ist noch gar nicht so alt, dass wir friedlich miteinander leben, dass wir ohne Schlagbäume leben. Schengen war ein zarter Versuch zu dieser Offenheit, die wir heute wie selbstverständlich leben. Dabei ist NRW die siebtgrößte Volkswirtschaft der EU in dieser Offenheit und dieser Vielfalt geworden.

Dies macht deutlich: NRW ist ein Modellfall für Europa und in Deutschland sind wir als gelernte Föderalisten geradezu die Fankurve eines offenen Europa.

Ganz konkret: Meine Lebenswirklichkeit und die vieler meiner Freunde ist völlig normal: wir leben Europa, auch wenn wir es zu Recht, manchmal zu Unrecht, kritisch diskutieren. Wir leben mit einer gemeinsamen Währung, wir leben mit offenen Grenzen, fast ohne sie überhaupt wahrzunehmen, wir fahren völlig selbstverständlich zum Einkaufen ins Nachbarland. Ich gehöre einer Generation an, die hier in den europäischen Ländern seit 70 Jahren ohne Krieg friedlich zusammenleben konnte und kann – eine Phase, die in Europa ihresgleichen sucht.

Dennoch wird Europa nicht so gewürdigt, wie es das verdient hätte. Für unser Land ist die Einbindung in Europa existentiell, und Europa ist auch die Zukunft für NRW. Daran müssen wir, die LReg. und das Parlament, Sie und die Zivilgesellschaft offen und konstruktiv arbeiten, für kritische Gedanken offen sein, aber das Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Wichtig ist mir dabei, Europa zu stärken und mehr vom Bürger her zu denken. Wenn ich zum Beispiel an den Aachener Grenzraum denke und an das Atomkraftwerk in Belgien - dann mache ich mir darüber Sorgen. Deutschlands Zuständigkeit reicht bis

an die Grenze. Ich bin sehr dankbar, dass Juncker ein stärkeres Europa gefordert hat. Ein stärkeres Europa heißt nicht, die nationalen Stärken an die Leine zu legen, sondern die Gemeinschaft stärker zu machen und stärker zu legitimieren. An dieser Stelle wäre es sicherlich zu begrüßen, die Kommission zu legitimieren, gegen die Meiler in Belgien vorzugehen.

Die Landesregierung leitet daraus den Auftrag ab, die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union weiterzuführen. Sicher, es ist ermutigend, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein offenes und tolerantes Europa will. Es bleibt aber Aufgabe der Politik, mit Menschen zu verdeutlichen, wo wir ohne Europa stünden.

Dazu setzt die Landesregierung einen Schwerpunkt auf die gezielte Stärkung der zivilgesellschaftlichen Europaarbeit. Zusätzlich werden wichtige europapolitische Projekte, die einen starken Beitrag zur Steigerung des Europagedankens in der Gesellschaft leisten können, weiter finanziell gefördert, sei es im Rahmen der Europawoche oder durch das Format „Europa bei uns zuhause“. Erfolgversprechend ist auch, die gute Arbeit mit den Europaschulen, mit den Jean Monnet Lehrstühlen an den Universitäten und in den Kommunen fortzusetzen. In Netzwerkveranstaltungen wird Nordrhein-Westfalen die Akteure untereinander in Verbindung bringen, um das Voneinander Lernen zu fördern und deren Europaprofil noch weiter zu schärfen. Bei all diesen Formaten sehen wir viel Potential, die Idee der europäischen Einigung in der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft fester zu verankern.

Anrede,

Kommissionspräsident Juncker hat Anfang März fünf Szenarien für die EU im Jahre 2025 vorgestellt. In seiner Rede zur Lage der Union [13.9.] hat er diese Vorschläge konkretisiert. Und ich bin ihm dankbar dafür, dass er sich so klar und deutlich „für ein stärkeres, demokratischeres Europa“ ausgesprochen hat. Politischen Mut zeigt er mit seinem Vorschlag, exakt zum vorgesehen Austrittsdatum Großbritanniens aus der

EU [30.03.2019] einen weiteren Vertiefungsschritt einzufordern. Der Schengen Raum, die Bankenunion und der Euro sollen zur europäischen Normalität werden. Trotz sicherlich berechtigter Kritik in einzelnen Vorschlägen, finde ich, dass er mit diesen Überlegungen ein starkes Signal gegen eine mögliche Zersplitterung der EU setzt.

Als bedeutendste Wirtschaftsregion Europas hat NRW den Anspruch, eigene Ideen und eine eigene Vision für die Zukunft der EU und für die Rolle des Landes in der EU zu entwickeln und einzubringen. NRW wird sich daher intensiv an der Debatte zur Zukunft der EU beteiligen. Unser Ziel ist eine starke, bürgernahe und handlungsfähige Union!

Ein aktuelles Beispiel ist die Fusionsankündigung von ThyssenKrupp und Tata Steel. Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Stahlindustrie in NRW, Deutschland und Europa werden in Brüssel getroffen. Dazu zählen die Diskussionen zum europäischen Emissionshandelssystem sowie zu möglichen Außenhandelsinstrumenten. Wir setzen uns diesbezüglich für die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen ein, die die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie nachhaltig sichern. Dies hat NRW auch in der Vergangenheit in vielfältige Weise in Brüssel getan, wie insbesondere die Verhandlungen zum Emissionshandel zeigen.

Ein uns über das nächste Jahr hinaus begleitendes Thema wird der Brexit sein. Sollte es zu einem harten Brexit kommen, wird NRW auf vielfältige Weise betroffen sein, insbesondere was unsere Wirtschaft angeht. Denn als Wirtschaftspartner ist das Vereinigte Königreich für NRW enorm wichtig: 13 Mrd. Euro Export- und 9 Mrd. Euro Importvolumen in 2016 sprechen für sich. 22,8 % aller britischen Unternehmen in Deutschland haben ihren Sitz in NRW, das sind 1.600 britische Unternehmen mit über 49.000 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden wir die Alltagsprobleme der vom Brexit betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen nach dem Brexit

im Blick behalten und ihnen im Rahmen unserer Möglichkeiten Hilfe anbieten. Uns werden drei Probleme nach dem Brexit bleiben: nämlich das Problem Nordirland, das Problem der EU-Bürger in GB und das Problem britischer Freunde in der EU. Mit der Einsetzung eines Brexit-Beauftragten werden wir dazu beitragen, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen auf die Folgen des Brexit vorzubereiten und neue Perspektiven für die Beziehungen zu entwickeln. Klar ist dabei, dass die tiefe Verbundenheit zwischen dem Vereinigten Königreich und NRW Bestand haben wird, auch wenn vieles davon abhängen wird, wie die Beziehungen zur EU künftig geregelt werden. Großbritannien ist und bleibt Europa.

Anrede,

im nächsten Jahr wird mit der Vorlage der Vorschläge für die nächste Finanzperiode 2020 – 2027 wieder eine der größten und härtesten Verhandlungsrunden auf europäischer Ebene beginnen. Die Ausstattung der einzelnen Rubriken spielt auch für NRW eine große Rolle, da das Land einige Fördermittel, wie die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (insg. 2,4 Mrd. €), direkt umsetzt oder andere Mittel, wie Unterstützung durch das Forschungsrahmenprogramm (bisher über 550 Mio. €), einwerben kann. Auch Direktzahlungen aus dem Topf der Gemeinsamen Agrarpolitik fließen an Landwirte in NRW. Wir werden daher sowohl gegenüber der in den MFR-Verhandlungen federführenden Bundesregierung als auch gegenüber den europäischen Institutionen die eigenen Interessen an einer angemessenen finanziellen Ausstattung bestimmter Politikfelder deutlich artikulieren.

Anrede,

für die Landesregierung spielen die bilateralen internationalen Beziehungen bei der Gestaltung der Zukunft Europas eine gewichtige Rolle. Deshalb werden wir die internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Benelux Union, in Frankreich und in Polen und die Zusammenarbeit mit den französischen und polnischen Partnerregionen Hauts-de-France und Schlesien im Regionalen Weimarer Dreieck weiter verbessern.

Anrede,

welchen hohen politischen Stellenwert der Benelux-Raum für die LReg. einnimmt wird schon daran deutlich, dass Ministerpräsident Armin Laschet seine erste Auslandsreise Anfang dieser Woche [26./27.9.] in die Niederlande unternommen hat und dort mit seiner Königlichen Hoheit Willem-Alexander und dem Ministerpräsidenten Rutte zusammengetroffen ist. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn werden wir natürlich fortführen. Aber wir sind ehrgeiziger. Wir werden das Potential, das in einer engen Vernetzung mit unseren Nachbarn steckt, konsequent nutzen. Potential, das bisher nicht ausgeschöpft wurde. Und deswegen werden wir regelmäßige Regierungskonsultationen abhalten – ein absolutes Novum und ein Zeichen, dass die niederländische Regierung aufmerksam registriert hat: Die Beziehungen zu den Niederlanden haben für uns hohe Priorität!

Gerade in einer Verbesserung der wirtschaftlichen Kooperation stecken viele Chancen. Dafür müssen aber auch die bestehenden Hindernisse, die etwa einem gemeinsamen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt entgegenstehen, zielgerichtet abgebaut werden. Ein wichtiger Baustein ist die Sicherung der vorhandenen Beratungsstrukturen für Grenzpendler und auch die Beratung der Arbeitgeber. Darüber hinaus muss allerdings auch eine systematische Identifikation der Probleme gerade für Grenzpendler erfolgen. Hierfür werden wir das 3+3 Format [Treffen zwischen den Kommissaren des Königs der Grenzprovinzen Limburg, Gelderland und Overijssel sowie der Regierungspräsidenten von Köln, Düsseldorf und Münster] nutzen, an dem ich regelmäßig teilnehmen werde.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist kein Selbstläufer. Deswegen freue ich mich besonders, dass unsere Landesvertretung in Brüssel am 11. Oktober 2017 unsere niederländischen, flämischen und niedersächsischen Kollegen zu einem Erfahrungsaustausch über grenzüberschreitende Projekte empfängt. Besonders begrüße ich, dass das in Maastricht angesiedelte ITEM-Institut, das sich mit rechtlichen Aspekten von Grenzfragen auseinandersetzt, seine Jahreskonferenz am 10. November in Düsseldorf abhalten wird. Wir unterstützen dies aktiv. Ich lade Sie bereits jetzt herzlich ein, an dieser Konferenz teilzunehmen!

Um unsere Ziele zu erreichen, setzen wir aber noch früher an. Nur wenn die Grenze bereits von klein auf nicht als Hindernis sondern als Chance erfahren wird, die unterschiedliche Sprache und Gepflogenheiten Normalität sind; nur wenn sich bereits unsere Kinder selbstverständlich dies und jenseits der Grenze bewegen, werden wir auch mittel- und langfristig zu einem echten gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum zusammen wachsen. Deswegen werden wir den grenzüberschreitenden Besuch von Kitas und Schulen fördern und eine grenzüberschreitende Bildungsstrategie entwickeln. Schulbildung führt zu Studium und Wissenschaft – und auch dies haben wir im Blick, indem wir grenzüberschreitende Studiengänge und die gemeinsame Wissenschaftsregion ausbauen werden.

Offene Grenzen bringen aber auch Herausforderungen etwa im Bereich Kriminalität mit sich. Hier gilt es, dass offene Grenzen keine Einladung an Straftäter sein darf. Nicht nur mit der Bundespolizei, sondern auch mit den Polizeibehörden unserer Nachbarländer werden wir uns verstärkt abstimmen. Gemeinsam mit den Niederlanden werden wir prüfen, wie wir mit der niederländischen nationalen Ebene einen strukturierten Dialog zu herausragenden Phänomenen der organisierten Kriminalität aufbauen werden – auch das ein Ergebnis des Besuchs von Ministerpräsident Laschet in den Niederlanden. Wir werden auch den Austausch von Polizeibeamten ausbauen [ab 01.10.2017 wird eine Polizeivollzugsbeamtin zunächst für ein Jahr zur Nationalen Polizei der NL entsandt].

Wir möchten aber nicht nur miteinander arbeiten, sondern auch voneinander lernen. So hat unsere Regierung aufmerksam registriert, dass die Niederlande im Bereich Brückenbau und Brückensanierung sehr effizient arbeiten. Ministerpräsident Armin Laschet hat deswegen in seinem Gespräch mit dem niederländischen Botschafter vereinbart, dass der Erfahrungsaustausch intensiviert werden soll.

Jenseits der bilateralen Zusammenarbeit möchte ich noch zum Schluss darauf hinweisen, dass sich unsere Zusammenarbeit mit der Benelux-Union 2018 zum zehnten Mal jährt – eine Kooperation, die von Ministerpräsident Rüttgers initiiert und eingegangen wurde. Dieses Jubiläum werden wir zum Anlass nehmen, um geleistetes sichtbar zu machen und der Zusammenarbeit noch mehr Raum zu geben.

Ich lade Sie alle dazu ein, sich mit Ihre Ideen für eine Intensivierung unserer Kooperation mit dem Benelux-Raum einzubringen.

Anrede,

in den nächsten Tagen [12/13. Oktober 2017] wird Sts Dr. Speich zu politischen Gesprächen nach Lille reisen. Ein wichtiges Thema wird die Erneuerung der Partnerschaftserklärung mit Hauts-de-France nach deren administrativer und politischer Neuaufstellung sein.

Die Beziehungen zu Polen spielen seit jeher in Nordrhein-Westfalens aufgrund der hier lebenden mehr als 1/2 Million polnischstämmigen Menschen eine besondere Rolle. Dies drückt sich in einer Vielzahl von engagierten Akteuren und Aktivitäten aus, die wir weiterhin begleiten und im Rahmen des Möglichen auch finanziell fördern werden.

Seit 2009 hat Nordrhein-Westfalen den deutschen Vorsitz des Interregionalen Ausschuss in der Deutsch-Polnischen Regierungskommission. Der Ausschuss bietet eine gute Möglichkeit zum Dialog mit Polen, und dies auch zu „schwierigen“ Themen. Deshalb habe ich den Ko Vorsitz im interregionalen Ausschuss selbst übernommen. Das ist mir wichtig, gerade in den derzeit nicht ganz einfachen Beziehungen Polens zur EU und zu Deutschland. Zudem werden wir prüfen, ob eine Wiederauflage des NRW-Polen-Jahres [2011/12] möglich ist.

Anrede,

ich habe es eingangs bereits betont: Nordrhein-Westfalen hat immer schon international gedacht und gehandelt, das gilt für die Politik ebenso wie für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und Zivilgesellschaft. Den Menschen in unserem Land liegt nicht nur Europa im Blut, wir schauen auch über Europa hinaus. Dieser weite Blick ist nötig, wenn wir unseren Wohlstand und unsere Stabilität erhalten wollen, und je mehr

wir durch die Medien über globale Phänomene erfahren – wie zuletzt den Pfad der Verwüstung, den die Wirbelstürme Irma und Maria in der Karibik und in Florida angerichtet haben – mit beeinflusst sicherlich durch die Wassererwärmung, für die wiederum der globale Klimawandel verantwortlich ist – desto klarer ist es für uns alle, dass niemand von uns alleine lebt.

Dem trägt auch die Landesregierung Rechnung, denn sie verfolgt ihre internationalen Interessen gezielt durch Partnerschaften und andere Formen der Zusammenarbeit mit einer Reihe von Schwerpunktländern. Diese Zusammenarbeit werden wir in dieser Legislaturperiode ausbauen, aber ohne uns zu verzetteln. Wir konzentrieren uns auf Länder, Regionen und Themen, die für uns besonders interessant und vielversprechend sind.

Dabei orientieren wir uns auch an der von den Vereinten Nationen im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen. Denn gerade das Ziel 17 – Partnerschaft – macht deutlich, dass wir die von der Agenda 2030 vorgesehene umfassende Transformation der Lebensbedingungen auf diesem Planeten nur gemeinsam erreichen werden. Die Agenda 2030 liefert uns Leitlinien für unsere internationale Zusammenarbeit, sowohl mit unseren traditionellen Wirtschaftspartnern wie mit Ländern des Globalen Südens. Themen wie Wirtschaftskooperation, Bildung und Wissenschaft spielen in unserer internationalen Zusammenarbeit ebenso eine Rolle wie Aktivitäten zum Klimaschutz, zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und zur Förderung guter Regierungsführung.

Lassen Sie mich das mit Blick auf unsere wichtigsten Partner noch etwas genauer darstellen:

Die transatlantische Zusammenarbeit und der Austausch mit unseren Partnern in Nord- und Südamerika zählen zu den wichtigsten Eckpfeilern der internationalen Beziehungen des Landes.

Dies gilt besonders für Nordamerika und die USA: Zu keiner anderen Region außerhalb Europas hat Nordrhein-Westfalen vergleichbar enge Beziehungen. Die bestehenden Kontakte bieten beste Chancen für eine weitere Intensivierung. Vor

allein die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft haben ein hohes Potential für einen noch engeren Austausch, speziell mit Blick auf das Thema Digitalisierung.

Nordrhein-Westfalen befindet sich aktuell in einer guten Ausgangsposition, um seine Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas im Bereich Wirtschaft und Wissenschaft weiter auszubauen: Hier sehe ich die Chance, das wir uns als attraktiver und verlässlicher Partner für die wirtschaftsstarken Ländervor allem Brasilien, Argentinien, Chile, Kolumbien, und Mexiko, etablieren.

In Asien ist nach wie vor Japan der wichtigste strategische Partner des Landes. NRW ist heute Heimat der drittgrößten japanischen Gemeinde in Europa – nach London und Paris. Insbesondere in Düsseldorf besteht eine stark ausgeprägte japanische Infrastruktur. Dass das japanische Generalkonsulat in Düsseldorf im Juni 2017 bereits sein 50jähriges Bestehen feierte, belegt die lange Kontinuität und Stabilität der Beziehungen.

Diese bewährte Partnerschaft und Freundschaft mit Japan werden wir stärken und in allen Bereichen – vor allem Wissenschaft, Wirtschaft, und Forschung, Energie und Umwelt sowie Bildung und Kultur – weiter ausbauen.

Gleichzeitig ist absehbar, dass Chinas politische Bedeutung und sein Einfluss in der Welt nicht zuletzt aufgrund seiner dynamischen Wirtschaftsentwicklung weiter wachsen werden. Auch NRW hat deshalb seine Beziehungen zu China in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Dies zeigt sich mit darin, dass es seit 2015 ein eigenes chinesisches Generalkonsulat in Düsseldorf gibt. Auch die chinesische Gemeinde in NRW wächst stetig und ist schon heute die größte in Deutschland. Diese guten und engen Beziehungen mit China werden wir auch weiterhin pflegen und fortentwickeln.

Für beide Länder – Japan und China – gilt, dass wir uns sehr darüber freuen, dass so viele Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten bei uns ihre Heimat gefunden haben. Sie bereichern unser Land in vielerlei Hinsicht – nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten, sondern gerade besonders aus zivilgesellschaftlich-kultureller Perspektive –. Gerne werde ich mich deshalb auch persönlich in die Pflege und den Ausbau der Kontakte zur japanischen und zur chinesischen Gemeinde in NRW einbringen.

NRW pflegt, wie Sie wissen, seit Jahrzehnten eine enge Beziehung mit Israel über alle Regierungen hinweg. Gerade vor dem Hintergrund der Shoah sind wir uns der besonderen Verantwortung Deutschlands bewusst. Ziel der Landesregierung ist es daher, die festen Bande zwischen beiden Ländern zu erhalten und die Menschen miteinander in Kontakt zu bringen. Dabei haben sich in unserer Arbeit drei Schwerpunkte herausgebildet, die wir in den kommenden Jahren weiter vertiefen werden:

- Förderung von Austausch und Begegnung
- Förderung der Erinnerungskultur sowie
- Verständigung zwischen arabischer und jüdischer Bevölkerung vor Ort.

Hinzu kommt das Bestreben, die Zusammenarbeit mit Blick auf die junge Generation, die in beiden Ländern heranwächst, weiter zu entwickeln. Gerade für junge Menschen wird neben den gerade genannten Fragen zunehmend auch der Gedanke engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit immer wichtiger – vor allem mit Blick auf die in beiden Ländern lebendige Start-up-Szene. Diesen Aspekt wollen wir in Zukunft verstärkt in die Zusammenarbeit integrieren.

Zudem wollen wir den Dialog zwischen Palästinensern und Israelis fördern.

Aber auch in den arabischen Ländern wollen wir uns engagieren, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit, Wirtschaft und Sicherheit. Die Destabilisierung weiter Teile des Nahen Ostens und Nordafrikas nach dem Scheitern des Arabischen Frühlings und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen stellen die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen, die auch wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht ignorieren werden. Deshalb haben wir bereits in der Vergangenheit vor Ort gezielt Hilfe in Ländern wie Jordanien, Libanon und Syrien geleistet.

Das Ziel einer Bekämpfung von Fluchtursachen ist eines, das wir als Weltgemeinschaft aber nur mit einer langfristig angelegten, gemeinsamen Kraftanstrengung erreichen können. Ziel muss es sein, dass Menschen eine gute Zukunft in ihrer Heimat sehen und sich nicht auf lebensgefährlichem Weg in weit entfernte Länder begeben müssen, wie die Lebensgefahr der Flucht geringer ist als

die Lebensgefahr im eigenen Lande. Auch wenn dabei in erster Linie andere Akteure gefragt sind (also Bundesregierung, EU, UN), wird sich NRW der Verantwortung nicht entziehen. Das kann heißen, Menschen in Krisenstaaten zu Konfliktberatern auszubilden (wie es das Forum Zivile Friedensdienste in Köln mit Unterstützung durch die Landesregierung tut). Es kann aber auch heißen, sich als Bürgerin oder Bürger in der Kommune in Partnerschaften im Globalen Süden einzubringen, und dabei zu lernen, den eigenen Lebensstil auf Nachhaltigkeit zu hinterfragen, und zwar im eigenen Interesse genauso wie im Interesse der Menschen im Globalen Süden.

Als Landesregierung sind unsere Mittel begrenzt, aber im Rahmen des Möglichen tun auch wir, was wir können. Lassen Sie mich unsere Unterstützung am Beispiel Jordaniens erläutern: Die jordanische Statistikbehörde geht von über 1,2 Mio. Syrern und von rund 300.000 Irakern in Jordanien aus. Ein Teil lebt als Gastarbeiter im Land, ein Teil ist als Flüchtlinge registriert. Das bringt ein 6,5-Millionen-Einwohner-Land wie Jordanien an die Grenze seiner Handlungsfähigkeit. Wenn wir nicht wollen, dass der Konflikt in Syrien den gesamten Nahen Osten destabilisiert, müssen wir Jordanien unterstützen, und das machen wir ganz konkret.

Dank nordrhein-westfälischer Unterstützung lernen die Flüchtlinge ein Handwerk, um sich eine berufliche Existenz aufzubauen: Nordrhein-Westfalen fördert einen Berufsbildungszweig für Solarfachkräfte. Und hiesige Lehrkräfte der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW fliegen in einer Woche zum Polizei-Austausch nach Amman, um sich mit ihren jordanischen Kollegen über Sicherheitsfragen auszutauschen. Wir wollen und werden dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Flüchtlinge vor Ort zu verbessern. Und wir wollen Jordanien zeigen, dass wir es in der Krise nicht allein lassen. Aus humanitären Gründen, aber auch im eigenen Interesse: Denn nur wenn die Menschen nah der Heimat eine Perspektive finden, wird der Migrationsdruck nach Europa sinken.

Unser Engagement in Jordanien wollen wir deswegen in den kommenden Jahren gezielt ausbauen.

Die neue Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zu der erfolgreichen Partnerschaft mit Ghana, die Ministerpräsident Laschet vor zehn Jahren in seiner damaligen Funktion als Integrationsminister maßgeblich initiiert hat. Wir wollen diese

Kooperation gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiter intensivieren. Verstärkt soll dabei auch das wirtschaftliche Potenzial der Kooperation in den Fokus rücken. Denn die Unterstützung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung ist immer noch der wertvollste Beitrag, den wir in Ländern wie Ghana leisten können.

Anrede,

der Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit ist angesichts der globalen Probleme und der Flüchtlingsproblematik in der jüngsten Vergangenheit gewachsen. Nordrhein-Westfalen wird seine begrenzten finanziellen Ressourcen für die Eine-Welt-Politik zielgerichtet einsetzen. Das gilt für unsere Auslandsarbeit ebenso wie für die Entwicklungsarbeit im Inland, die wir, getragen von den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen überall in NRW, auch auf hohem Niveau fortsetzen wollen.

Unser Land ist, wie Sie wissen, von allen Bundesländern dasjenige mit der längsten entwicklungspolitischen Tradition. Nicht nur unsere Auslandsarbeit, sondern auch unsere Aktivitäten auf dem Gebiet der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit sind dabei ein wichtiger Baustein und Markenkern. Um nur einige Beispiele aufzuzählen: Das Promotorenprogramm gilt deutschlandweit als herausragendes, strukturell wirksames Projekt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit mit mittlerweile bundesweiter Vorbildfunktion. Bewährt haben sich aber auch kleinere Programme wie der Konkrete Friedensdienst NRW – es lässt junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen durch Arbeitseinsätze in den Entwicklungsländern zu wichtigen Multiplikatoren des Eine-Welt-Gedankens werden.

Wichtig für das internationale Profil des Landes ist aber auch der Internationale Standort Bonn. Die Bundesstadt ist der einzige UN-Standort in Deutschland, sie ist der zentrale deutsche Standort der Nachhaltigkeit und internationaler Wissenschaftsstandort. NRW hat die erfolgreiche Entwicklung des Standortes in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung sowie der Stadt Bonn von Beginn an kontinuierlich unterstützt – z.B. durch eigene Beiträge, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für Ansiedlungen und den Ausbau der Infrastruktur für das

internationale Konferenzgeschäft zu verbessern. Zurzeit beteiligen wir uns aktiv an der Ausrichtung der UN Klimakonferenz (COP 23) im November in Bonn. Gleichzeitig machen wir uns gemeinsam mit dem Bund und der Stadt dafür stark, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur – EMA – nach ihrem Abzug aus London in Bonn eine neue Heimat findet.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Internationalität Nordrhein-Westfalens liegt dem Ministerpräsidenten am Herzen, sie liegt mir am Herzen, und ich freue mich sehr darauf, viele gleichdenkende, gleichfühlende unter Ihnen, den Abgeordneten und den Bürgern dieses Landes, zu finden und freue mich auf die Diskussion, freue mich auf die Zusammenarbeit beim Finden des besten Weges in diesem Ausschuss.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.